

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Mfg. freibl. außschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-Pf. Anzeigenpreise: 6 geip. Petitzeile 0,15 R.-Mfg., v. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Mfg., Gesp. Reklamezeile 0,45 R.-Mfg., Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-Mfg., Nachweise- und Offertengebühr 0,20 R.-Mfg., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.  
Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvorleger-Bereins (G. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Ob.ergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenschursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkenburg bei Herrn Einar Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsteilen der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenschursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkenburg und Ziegelheim.

Nr. 122

Sonnabend, den 29. Mai 1926

48. Jahrgang.

## Rußland vermehrt seine Heeresstärke.

### Mitlicher Teil.

Auf Blatt 14 des Vereinsregisters des unterzeichneten Gerichts ist heute die **Schützen-Gesellschaft zu Reichenbach**, Amtsh. Glauchau mit dem Sitze in Reichenbach eingetragen worden.  
Amtsgericht Waldenburg, den 27. Mai 1926.

Der Reichspräsident empfing eine Abordnung der Neuvorker Stadtdeutschen.

Die Lübecker Bürgerschaft hat einen Misstrauensantrag gegen den Bürgermeister Dr. Neumann angenommen.

Der Lokomotivführer **Aubel**, der durch Ueberfahren des Faltsignals die furchtbare Eisenbahnkatastrophe bei München verschuldet hat, wurde verhaftet.

Die Abrüstungskonferenz wird nicht vor Ende 1927 eintreten.

Polen ist beunruhigt über den Haager Schiedsspruch.

Risudski hat mehrere Generale der Witos-Regierung verhaften lassen.

Zu Amerika wird ein Buch über die Kriegsschuldfrage angekündigt.

Waldenburg, 28. Mai 1926.

Die Feiertage des Pfingstfestes, die lang erwarteten, sind vorüber. Daß sie nicht alle Hoffnungen auf günstige Witterung erfüllt haben, ließe sich wohl ertragen, schlimmer steht es mit dem bösen Zwischenfall, der am Abend des zweiten Feiertages über das lebenslustige München hereingebrochen ist, wo ein schweres Eisenbahnunglück eine große Zahl von Toten und Verwundeten gefordert hat. Ganz Deutschland hat an diesem jähen Gescheh der frohen Pfingstausschlager aufrichtigen Anteil genommen. Gerade zu Pfingsten wird ein solches Unheil doppelt schmerzhaft empfunden.

Ohne Störung und in aller Ruhe sind die zahlreichen politischen und sonstigen Veranstaltungen vorübergegangen, die an den Pfingsttagen in verschiedenen deutschen Städten stattgefunden haben. Auch der Frontkämpfertag der Kommunisten, der viele Tausende von Teilnehmern in Berlin vereinigt hatte, ist dank der umfangreichen Vorichtsmaßnahmen der Schutzpolizei in voller Ordnung verlaufen. Dagegen kam es kurz nach dem Fest in dem Berliner Stadtteil Neukölln zu ersten kommunistischen Ausschreitungen, sodaß die Polizei sich mehrfach gezwungen sah, die Demonstranten mit dem Gummiknüppel auseinanderzutreiben.

Die vorbereitende Abrüstungskommission in Genf hat ihre Arbeiten vorläufig abgeschlossen. Ziel Gesichtes hat diese Pfingsttagung nicht gezeitigt. Im Gegenteil lassen die bisherigen Verhandlungen deutlich erkennen, daß ein ernstlicher Wille zur Durchführung der im Versailler Vertrag ausdrücklich festgesetzten allgemeinen Abrüstung bei den wenigsten Mächten wirklich vorhanden ist. Wenn nunmehr die militärische Kommission ihr Gutachten abgegeben haben wird, dürfte das Giaso der Abrüstungsberatungen noch stärker in Erscheinung treten.

In amerikanischen Zeitungen wird die Frage der Revision des Dawesplanes jetzt von neuem aufgerollt mit dem Bemerkten, daß die deutsche Regierung sich bereits davon überzeugt habe, daß die zu diesem Herbst bevorstehende Erhöhung der Jahreszahlungen von Deutschland nicht mehr getragen werden könnte. Da der Reichsbankpräsident Dr. Schacht zurück in London aufhält, so wird auch diese Tatsache mit dem Dawesplan in Verbindung gebracht. Von der englischen Presse werden die Londoner Finanzbesprechungen sogar so dargestellt, als stehe ein offizieller deutscher Vorstoß gegen den Dawesplan bevor.

Von deutscher Regierungseite hört man demgegenüber, daß gegenwärtig keine Initiative in der Reparationsfrage unternommen wird. Allem Anschein nach will man in Berlin abwarten, bis die Gegenseite, die doch ebenso sehr wie wir an dieser Frage interessiert ist, der Sache nähertraten wird. Zur Stunde wollen der Reparationsagent und die Repräsentanten des Dawesplanes von einer Revision der Reparationsbedingungen nichts wissen, über kurz oder lang werden sie sich doch unter dem Druck der Verhältnisse dieser Mühe unterziehen müssen.

Der marokkanische Freiheitskampf hat nach mehr als fünfjähriger Dauer sein Ende erreicht. Die unter Aufwendung großer Mittel eingeleitete spanisch-französische Frühjahrsoffensive hat den Widerstand Abd el Krim's endgültig gebrochen, und da den Anführer schließlich auch zahlreiche seiner kriegsmüden Anhänger im Stich ließen, blieb ihm nichts weiter übrig, als an die Großmut seiner Feinde zu appellieren und sich freiwillig in die Gefangenschaft zu begeben.

In Paris herrscht begreiflicherweise großer Siegesjubel über die Kapitulation Abd el Krim's, und das nicht ohne Grund. Denn für das Kabinett Briand bedeutet dieser Erfolg unmittelbar vor dem Zusammentritt des Parlaments zweifellos eine wesentliche Entlastung, und die Lage des Kabinetts wäre gesicherter als je, wenn nicht der Frank en trotz der Nachricht von der Unterwerfung Abd el Krim's wieder stark gesunken wäre. In der Kammer will die Regierung eine Debatte über die Finanzlage vorläufig ablehnen und eine Vertagung aller auf diesen Gegenstand bezüglichen Interpellationen beantragen. Die Regierung begründet diese Haltung damit, daß eine parlamentarische Diskussion die erfolgreiche weitere Durchführung der von ihr geplanten Stützungsmaßnahmen schädigen könnte. Ob das Parlament gewillt ist, der Regierung die geforderte Schonzeit zu gewähren, das wird sich schon in der nächsten Kammer Sitzung zeigen.

### Abd el Krim in Gefangenschaft.

Der Anführer ergibt sich den Franzosen.

Wie aus Marokko gemeldet wird, hat sich der Führer der Krieger mit seiner Familie am Mittwoch vor den französischen Linien ergeben und um den Schutz der Franzosen gebeten. Kurz vorher hatte Abd el Krim sämtliche französischen und spanischen Kriegsgefangenen entlassen und nach Targuist geschickt, das vor wenigen Tagen in die Hände der Franzosen gefallen war. Abd el Krim wird nach Taza und von dort nach Fez gebracht werden. Dort erwartet man von der französischen Regierung nähere Weisungen, wie mit Abd el Krim verfahren werden soll. Aller Voraussicht nach wird er mit seiner Familie in Frankreich interniert werden. Ein französischer Torpedobootszerstörer liegt schon seit längerer Zeit an der Küste bereit, um Abd el Krim und seine Familie für den Fall seiner Unterwerfung aufzunehmen.

Mit der bedingungslosen Uebergabe Abd el Krim's kann der Marokkoaufstand als beendet angesehen werden. Fünf Jahre lang hat der Führer der Rifabyllen, Abd el Krim, den Kampf um die Unabhängigkeit Marokkos geführt. Zum ersten Male wurde sein Name genannt, als die Spanier im Frühjahr 1921 von den rebellischen Rifstämmen geschlagen und unter großen Verlusten an Menschen und Kriegsmaterial zum Rückzug an die Küste gezwungen wurden. Damals merkten die Spanier zuerst, daß ihnen nicht mehr ein Raifuli als Gegner gegenüberstand, dem es letzten Endes nur darauf ankam, hohe Lösegelder von europäischen Kaufleuten zu erpressen. Abd el Krim, mit dem sie es jetzt zu tun hatten, hatte auf der spanischen Militär-Akademie gelernt und an der Pariser Universität Sorbonne studiert. Einige Zeit war er auch Beamter der spanischen Verwaltung in Marokko, schon damals mit der Absicht, die Fremdherrschaft abzuschütteln und das Rif zu befreien. Es war ihm gelungen, sich die Mehrzahl der Rifstämme botmäßig zu machen, und er verstand es, den Krieg mit modernen Methoden und Waffen zu führen.

Mehrere Jahre hindurch machte er den Spaniern schwer zu schaffen. Auch die Franzosen, mit denen er im vergangenen Jahre in Konflikt geriet, brachte er vorübergehend in große Bedrängnis, auf die Dauer jedoch vermochte er der Uebermacht der beiden Mächte nicht standzuhalten. Als die Friedenskonferenz von Udjda infolge der Unnachgiebigkeit Abd el Krim's ergebnislos verlief, setzte eine großzügige Offensive der Spanier und Franzosen ein, die in wenigen Wochen zum Ziele führte. Das Schicksal des Anführers war mit der Einnahme seines Hauptquartiers Targuist und der Erstürmung des Dschebel Hammun durch die französischen Truppen entschieden. Da weiterer Widerstand

nuglos war, mußte er sich schließlich seinen Feinden auf Gnade und Ungnade ergeben. Damit hat die Tragödie des marokkanischen Freiheitskampfes ihr Ende erreicht. Alle diejenigen, die Heldentum und heroische Hingabe an die Sache des Vaterlandes zu würdigen wissen, werden dem tapferen Kämpfersführer ihre Achtung nicht versagen können.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Reichspräsident von Hindenburg gibt heute Freitag zu Ehren des früheren Reichskanzlers Dr. Luther ein Essen.

Freiherr von Lüninck gegen die preussische Regierung. Auf dem Rheinischen Landwirtschaftlichen Genossenschaftstag in Köln wandte sich der Präsident der Landwirtschaftskammer, Frhr. v. Lüninck, gegen die bei ihm im Zusammenhang mit der Putschaffäre vorgenommenen, ergebnislos verlaufenen Hausdurchsuchungen und führte aus, daß in der neuen Reichsverfassung durch einen besonderen Artikel die Sicherheit des Eigentums gewährleistet sei. Auch die Wohnung jedes Deutschen sei eine Freistätte und für unberührbar erklärt. Frhr. v. Lüninck protestierte ferner aufschärfte gegen eine Erklärung, die Staatssekretär Meißner im Namen der preussischen Regierung im Staatsrat abgegeben habe und in der gesagt wurde, daß auch Frhr. v. Lüninck sich an den Umsturzplänen beteiligt habe. Dadurch sei sein guter Ruf schwer geschädigt worden. Er erkläre jede Behauptung über irgendeine Beteiligung seinerseits an irgendwelchen Putsch- oder Umsturzbestrebungen als auf frecher Lügnerischer und verleumderischer Grundlage stehend. Er stehe jedem deutschen Gericht für die Wahrheit dieser Behauptungen ein. Er verlange aber, daß man entweder die Verdächtigungen beweise oder wenigstens den Mund halte. Geschieht dies nicht, so treffe der Vorwurf der Lüge und der Verleumdung in aller Schwere die preussische Staatsregierung selbst.

Misstrauensantrag gegen Dr. Neumann. Die Lübecker Bürgerschaft hat den sozialdemokratischen Misstrauensantrag gegen den Bürgermeister Dr. Neumann, der, wie der Amtliche Preussische Pressedienst behauptet hatte, nach dem angeblichen Putschplan der Rechtsverbände als Reichskanzler der neuen Regierung ausersuchen war, in einfacher Stimmenmehrheit mit 43 gegen 33 Stimmen angenommen. Nach der Lübecker Verfassung ist ein Misstrauensantrag erst endgültig angenommen, wenn der Antrag mit Zweidrittelmehrheit oder in zwei getrennten Abstimmungen mit je einer einfachen Mehrheit angenommen wird. Für die hiernach erforderliche zweite Abstimmung ist der 2. Juni in Aussicht genommen.

Nach einer Mitteilung aus dem Saargebiet wird das 18. französische Jägerbataillon mit dem 31. Mai das Saargebiet verlassen.

Die Entschädigungssumme, die Polen auf Grund der Entscheidung des Haager Schiedsgerichts zu zahlen hat, wird auf 120 Millionen Reichsmark berechnet. Andere Schiedsgerichtshöfe, z. B. der zwischen Ungarn und Südslawien, haben dieses Urteil als maßgebend abgewartet.

Nach einer Uebersicht des Reichsfinanzministeriums betragen die Einnahmen des Reiches im Jahre 1925 an Besitz- und Verkehrssteuern 4,892,743,862 Mark, gegenüber dem Voranschlag von 4,911,000,000 Mark, die an Zöllen und Verbrauchsabgaben 1,962,600,986 Mk, gegenüber einem Voranschlag von 1,859,500,090 Mark. Die sonstigen Abgaben betragen 956,789 Mk, sodaß im Ganzen 6,856,301,637 Mk. einkommen sind. Das Mehraufkommen beträgt 85,801,638 Mk.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der ersten Hälfte des Monats Mai ist von 1,782,000 auf 1,743,000, d. h. um etwas über 2 Prozent, zurückgegangen.

#### Schweiz.

Die Konferenz des internationalen Arbeitsamtes hat den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann Müller, zum Vizepräsidenten gewählt.